



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/222 - 26. September 1956

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Zu Adenauers neuer Europa-Vorstellung	S. 1
Spannungen in Israel	S. 3
Die Lehren des Bauskandals in Rheinland Pfalz	S. 5
Zur Bildung der Fraktionsgemeinschaft FDP/DP	S. 7

Nicht Appelle - Taten entscheiden !

Von Herbert Wehner, MdB.

In beschwörendem Ton hat Bundeskanzler Adenauer in Brüssel von der "europäischen Not" gesprochen und zur Bildung einer "Europäischen Föderation" aufgefordert. Die "europäische Not" erblickt er darin, dass die Europäer sich nicht zu viel mehr aufgerafft hätten als zu Konferenzen. Sein eigener Vorschlag unterscheidet sich von den früher von ihm selbst vertretenen Modellen einer "Europäischen Föderation" dadurch, dass er neuerdings betont, der Kreis der Teilnehmerstaaten solle nicht begrenzt und das Arbeitsgebiet sollte so umfassend wie möglich sein.

Wenn man sich mit dem Schicksal der Bemühungen um die europäische Zusammenarbeit der letzten Zeit befasst, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass die meisten der beteiligten Regierungen nur ausserordentlich zögernd an die Lösung der tatsächlichen Probleme herangegangen sind. Davon macht auch die von Adenauer geführte Bundesregierung keine Ausnahme. Der Bundeskanzler beschört zwar jetzt den "europäischen Gedanken", aber seine Regierung hat bisher weder zu einer raschen Durchführung der Beschlüsse der Konferenz von Messina, noch zur Verwirklichung einer europäischen Gemeinschaft für die friedliche Verwendung der Atomenergie beigetragen. Nicht zuletzt an der Haltung der Vertreter der Bundesregierung hat es gelegen, dass es bisher nur zu unbefriedigenden und bruchstückhaften Ergebnissen bei der Ausarbeitung der Pläne für die europäische Atomenergie-Gemeinschaft gekommen ist.

26. 9. 1956

Die Bundesregierung hat es bis jetzt für richtig gehalten, sich in Gegensatz zu den fünf anderen Teilnehmerstaaten der Brüsseler Verhandlungen zu stellen, wenn es um die Regelung des Eigentumsverhältnisses an dem spaltbaren Material und die nur durch eine einwandfreie Regelung des Eigentumsverhältnisses zu ermöglichende lückenlose Kontrolle über die Verwendung des spaltbaren Materials geht.

Mit weniger als halbem Herzen hat auch die Fraktion des Bundeskanzlers bisher die Forderungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa unterstützt, die von den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien, der christlich-demokratischen Parteien, einiger liberaler Parteien und aller Gewerkschaften (mit Ausnahme der kommunistisch dirigierten) der in der Europäischen Gemeinschaft für

9) Kohle und Stahl zusammengeschlossenen Länder erhoben worden sind. Diese Forderungen, die am 18. Januar 1956 in Paris einstimmig gebilligt wurden, sind zwar auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion des Bundestages auch im Bundestag aufgenommen worden, aber man hat sich zu ihnen nur "im Grundsatz" bekannt. Die Bundesregierung hat durch ihren Minister für Atomfragen, der doch derselben Partei angehört wie der Bundeskanzler, bisher keine Konsequenzen aus diesen Forderungen gezogen.

Am 19. und 20. September hat sich das Aktionskomitee unter dem Vorsitz Jean Monnets wieder mit den Bemühungen um die Bildung der europäischen Gemeinschaft für die friedliche Verwendung der Atomenergie befasst. Es hat eindringlich gemahnt, die Regierungen sollten alles in ihrer Macht stehende tun, damit die Verhandlungen in Brüssel so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht werden, damit der Vertrag über die europäische Atomgemeinschaft noch in diesem Jahr von den Parlamenten verabschiedet werden und mit dem Beginn des Jahres 1957 in Kraft treten kann. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sich vorbehaltlos für diese Forderungen eingesetzt. Auch der Vertreter der CDU gab ihnen seine Zustimmung. Nur ist die Bundesregierung selbst an der Reihe. Wichtiger, als flammende Reden für "Europa" zu halten, ist das wirkliche Zusammenfügen Europas.

Aus den Erfahrungen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergibt sich, dass für die Zusammenarbeit mit Grossbritannien und den skandinavischen Ländern besondere Formen gefunden werden müssen. Diese Erfahrungen müssen in Vorschläge und praktische Bemühungen um-

26. 9. 1956

gesetzt werden. Es geht am Kern der Sache vorbei, wenn man sich darauf beschränkt, Appelle und Ermahnungen an die Adresse dieser Länder zu richten.

Der Bundeskanzler selbst sagt neuerdings, die Verwirklichung der europäischen Integration dürfe nicht unmöglich gemacht werden durch den Perfektionismus, den er eine Krankheit unserer Zeit nennt. Die Integration dürfe nicht starr, sie dürfe kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker. Das sind schätzenswerte Erkenntnisse. Es wäre besser gewesen, er hätte sie etwas früher gehabt und nutzbar gemacht. Aber weil der Bundeskanzler noch immer von einer Art ideologischem Unterbau und Rahmen seiner "Europäischen Föderation" träumt, verfällt er selbst wieder in den von ihm gerügten Fehler - ganz abgesehen davon, dass er auch jetzt noch dem ganzen Gebilde eine antirussische Spitze zu geben bemüht ist.

Die Sozialdemokratische Partei hat es auf ihrem Münchener Parteitag in ihrer Entschliessung zur allgemeinen Politik als eines der dringendsten Erfordernisse einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik bezeichnet, an allen Bemühungen teilzunehmen, die die europäische und die weltumspannende wirtschaftliche Zusammenarbeit aus der Erstarrung fruchtloser ideologischer und regional begrenzter Integrationsversuche herausführen und sie auf die gesunde Grundlage der Förderung des gemeinsamen Wohles stellen. Dabei spielt die Unterstützung anderer Völker und Staaten eine wesentliche Rolle, die sich aus kolonialer Abhängigkeit gelöst haben oder zu lösen im Begriffe sind.

Wenn es den Tatsachen entspricht, dass der Bundeskanzler demnächst bei seinem Zusammentreffen mit dem französischen Ministerpräsidenten auch die Fragen der europäischen Zusammenarbeit behandeln will, so wird er gut tun, einige der Vorstellungen, die er in Brüssel entwickelt hat, einer Revision zu unterziehen. Konkrete Schritte auf dem Weg zu einer tatsächlichen europäischen Zusammenarbeit sind mehr wert als beschwörende Appelle, die allzusehr von der Enttäuschung über gescheiterte, weil untaugliche, Projekte geprägt sind.

+ + +

- 3 -

Israel im Teufelskreis

I.D. Seit der Staatsgründung im Jahre 1948 hat Israel bisher keinen Frieden kennengelernt. Bis 1949 währte der Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten, die, seit dem durch Einwirken der UNO zustandegewordenen Waffenstillstand, feierlich geloben, eines Tages zur zweiten Runde anzutreten und die Juden ins Meer zu werfen. Ständige Plänkeleien an den nahen Grenzen dieses kleinen Ländchens lassen die Israelis diese Drohung nie vergessen. Die Waffenlieferungen der Ostblockstaaten an Ägypten haben die Angst der Israelis, die sich darüber klar geworden sind, dass diese zweite Runde möglicherweise nicht zu ihren Gunsten ausfallen wird, neu geschürt. Dazu kommt die Befürchtung, Nasser werde aus dem Suez-Konflikt als Sieger hervorgehen und, so gestärkt, auch die Abrechnung mit Israel nicht auf die lange Bank schieben.

Israel, das ungeheure Anstrengungen macht, Wüste in fruchtbaren Boden zu verwandeln und den ständigen Zustrom von einwandernden Juden zu absorbieren, muss aufgrund der aussenpolitischen Lage eine für sein Budget fast untragbar grosse Armee unterhalten. Waffen, die die Ostblockstaaten den Ägyptern zu Ausverkaufspreisen überlassen, muss Israel in der westlichen Welt teuer erstehen.

Israel lebt von seinem Export, der aufgrund der Feindschaft der arabischen Staaten für Europa bestimmt sein muss. Dadurch entstehen Kosten, die man, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können, auf Verlustkonto buchen muss. Aus all diesen Gründen sind die Lebenshaltungskosten in Israel unvergleichlich hoch und machen Neuinvestitionen und eine verstärkte Produktivität fast unmöglich. Als deutlichstes Symptom dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes ist ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Ein sehr verständliches Drängen der Arbeitnehmerschaft nach höheren Löhnen führt zu Konflikten zwischen der sozialistisch geführten Regierung und den Gewerkschaften.

Nur gibt es Kreise in Israel, die eine wirtschaftliche Stabilisierung vor eine militärische Stärkung stellen, weil sie glauben, dass wirtschaftliche Schwäche ebenso anfällig macht wie eine militärische. Zu ihnen gehört auch der langjährige, ehemalige Aussenminister Scharett. Ben-Gurion hingegen vertritt die Ansicht, dass nur eine "Politik der Stärke" die Sicherheit des Landes garantieren kann.

Diese Kontroverse beherrschte auch den kürzlich abgehaltenen - 4 -

Parteitag der sozialistischen Arbeiterpartei MAPAI, der stärksten Partei des Landes. Seit der Staatsgründung hat sie die Führung innerhalb der Koalitionsregierung. Die sehr gegensätzlichen Ansichten, die die Einheit der Partei stark gefährdeten, wurden nur durch gemässigte und einsichtsvolle Stimmen überbrückt und durch die Wahl eines zwischen den Richtungen stehenden Mannes zum Generalsekretär der Partei zunächst beigelegt. Damit aber hat man nichts für eine Lösung der schwierigen Lage des Landes getan.

Zunächst profitiert innerhalb Israels die nationalistisch-aggressive Acherut-Partei von dieser Situation. Schon bei den Wahlen im vorigen Jahr hatte sie einen erstaunlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Seit dieser Zeit sind dieser Partei, die das Wort vom Präventivkrieg geprägt hat, weitere Kreise zugelaufen. Nunmehr wendet sich ihr auch die Partei der Allgemeinen Zionisten (demokratisch-Konservativ) zu, die die Interessen des Privatunternehmertums vertritt. Es besteht weiter die Gefahr, dass sich auch ein Teil der Wählerschaft der MAPAI von ihr wegen ihrer Unfähigkeit, eine Lösung für Israel zu finden, abwenden wird. Dann wäre der Weg frei für eine aggressive Politik von seiten Israels.

Die Gefahr von rechts in Israel gibt also ebenso Grund zur Besorgnis, dass der so prekäre Frieden in Nahen Osten jederzeit ins Wanken kommen kann, wie etwa ein Sieg Nassers im Suez-Konflikt. Die westlichen Mächte täten gut daran, zu erkennen, dass ihr Lavieren zwischen den arabischen Staaten und Israel - sie wollten sich nie durch für Israel günstige Massnahmen die Sympathien der arabischen Staaten verscherzen - Israel in diese Lage hineinmanövriert hat. Nun kann zunächst nur ein kluger Kompromiss im Suez-Konflikt, bei dem Nasser weder Sieger noch Besiegter sein darf, die augenblickliche Situation auffangen. Dann aber müsste sofort der Versuch gemacht werden, Israel aus seiner hoffnungslosen Lage zu befreien, denn sonst wird der Nahe Osten so oder so in Kürze in Flammen stehen.

* * *

"So viel Geld, so oft ich wollte"

B.K., Kaiserslautern

In dem Haus Schillerplatz Nr. 3, das die Diensträume des Sonderdezernats zur Aufklärung der Korruptionsskandale beim pfälzischen Besatzungsbau beherbergt, brennt das Licht oftmals bis in die späteren Abendstunden. Beamte der Landeskriminalpolizei brüten hier bereits im vierten Jahr über neuen Akten der Fälle, die einst das Tagesgespräch in der deutschen Bauwirtschaft bildeten. Längst hat sich der Staub gelegt, in dessen Wirbel grosse Teile der beim Besatzungsbau tätigen Firmen hineingezogen worden waren. Manches konnte abschliessend geklärt werden, doch das meiste geschah hinter verschlossenen Türen. Niemals hat die Öffentlichkeit erfahren, was in Sachen "Bauskandal" eigentlich gespielt wurde.

Nur die Existenz des im Herbst 1952 gebildeten Sonderdezernats erinnert an jene turbulenten Tage, in denen ein Mister Harns als Zeuge vor Gericht aussagen konnte: "Ich habe so viel Geld bekommen und so oft ich wollte, dass ich nicht mehr sagen kann, wie viel es war!" Hunderttausend Mark zahlte allein eine Arbeitsgemeinschaft aus Hamburg für einen 25-Millionen-Auftrag auf der Vogelweh bei Kaiserslautern, wo die Amerikaner in weniger als Jahresfrist eine Wohnsiedlung aus dem Boden stampften. Das Landgericht Kaiserslautern verurteilte zwei der angeklagten Bauunternehmer wegen "unlauteren Wettbewerbs" zu je 5 000 Mark Geldstrafe, die sie aber nie zu bezahlen brauchten, da die Amnestie vom 1. Dezember 1954 ihre weisse Weste rettete.

Eine Million DM Schadenersatzforderungen

Heute führen die damaligen Angeklagten Block und Litwin das grosse Wort in der sogenannten "Notgemeinschaft der Besatzungsauftragsgeschädigten". Ihr Kompagnon Hannemann, der bei der Urteilsvorkündung einen Herzkollaps erlitt und ohnmächtig zusammenbrach, verklagte das Land Rheinland-Pfalz auf Schadenersatz, den er selbst auf eine runde Million bezifferte. Sie alle behaupten, durch die schleppende Zahlungsweise der Amerikaner geschädigt und in den Konkurs getrieben worden zu sein. Die Amerikaner wehren sich gegen diesen Vorwurf, indem sie darauf hinweisen, dass sie ihren regulären Zahlungsverpflichtungen immer pünktlich nachgekommen seien. Die Notgemeinschaft versuche, durch fleissige Propaganda in der Öffentlichkeit Stimmung für die übertriebenen und ungerechtfertigten Nachforderungen ihrer Mitglieder zu machen, die in den meisten Fällen erst dann gestellt wurden, nachdem die deutschen Behörden Preisüberhöhungen bei Besatzungsbauaufträgen festgestellt und überzahlte Beträge zurückgefordert hätten.

Wie dem auch sei, das Bundesfinanzministerium hat solche strittigen Forderungen künftig an die Verwaltungsgerichte verwiesen und dafür vorerst einen Betrag von sechs Millionen Mark bereitgestellt. Damit sind jedoch längst nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Der Abgeordnete Markscheffel übte im rheinland-pfälzischen Landtag heftige Kritik an der Methode, die Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche auf die mittleren und unteren Instanzen der Verwaltungsgerichte ab-

zuwälzen und die Findung des Rechtes an auszahlbare Summen zu binden.

4000 Firmen gingen in Konkurs

In den Kreisen des Bauhandwerks fragt man sich ferner, was aus jenen rund 4000 Firmen werden soll, die bis Ende 1955 in Erfüllung von Requisitionsanforderungen der Besetzung in Konkurs gingen. Oder aus den weiteren 4000 Betrieben, die in so erheblichen Zahlungsschwierigkeiten stecken, dass sie sich nur noch mit sehr gewagten Kreditmanipulationen über Wasser halten können? Man wird die Quelle dieser Massenkongresse in der Bauwirtschaft sicher nicht zu Unrecht in der Existenz von sogenannten Preisabspracheringen suchen, die gerade den Besatzungsbau zur Oase für kartellfreundige Unternehmer machen.

In Hessen gelang es der Kriminalpolizei, ein straff organisiertes Submissionskartell von 34 bekannten Baufirmen auszuheben, die es bemerkhin fertigbrachten, in drei Jahren drei von vier Submissionen der öffentlichen Hand und der Besetzung zu manipulieren und die Aufträge, die insgesamt ein Bauvolumen von 350 Millionen Mark betrafen, untereinander zu verteilen. Ein von der Staatsanwaltschaft Frankfurt ausgesprochener Strafbefehl über 200 000 Mark wegen eines Verstoßes gegen die alliierten Dekartellisierungsbestimmungen wurde durch die Amnestie vom 1. Dezember 1954 hinfällig.

Auch der Versuch der Amerikaner, einige der amnestierten Firmen auf eine schwarze Liste zu setzen und von allen Submissionen auszuschliessen, scheiterte an dem geschlossenen Widerstand der Bauwirtschaftsverbände, die mit Hilfe ihrer weitreichenden Verbindungen zu verhindern wussten, dass die Amerikaner ihre Absichten jemals ernsthaft verwirklichten. Noch heute verwahrt der Leiter des Kaiserslauterer Sonderdezernats, Erster Staatsanwalt Dr. Lenhard, ein Belobigungsschreiben des Bauindustrieverbandes in seiner Schreibtischschublade, das ihn an seine erfolgreichen Berührungen erinnert, bei Amerikanern die Aufhebung der schwarzen Listen für deutsche Baufirmen erwirkt zu haben.

Nicht wieder gut zu machende Schäden

744 Ermittlungsverfahren hat das Sonderdezernat seit 1952 bearbeitet, teilte Justizminister Becker auf eine Grosse Anfrage der SPD im Landtag von Rheinland-Pfalz mit. 403 davon sind entweder endgültig oder vorläufig eingestellt worden, weil sich die Unschuld der Beschuldigten herausstellte, die Beweise nicht ausreichten oder die Amnestie der weiteren Strafverfolgung einen Riegel vorschob. Vielfach habe auch das "schlechte Gedächtnis" der beschuldigten Bauunternehmer die Ermittlungen im Sande verlaufen lassen. Die Preisüberwachung habe für 13 Millionen Mark Preisüberhöhungen festgestellt und eingezogen.

Das ist die magere Bilanz eines Millionen-Skandals, der in weiten Kreisen des In- und Auslandes starkes Aufsehen erregte. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll noch einmal in die Hintergründe des rheinland-pfälzischen Besatzungsbaus hineinleuchten. Die durch Preisabsprachen und Vergabeunregelmässigkeiten entstandenen Schäden bei Handwerk, Handel und Arbeitnehmerschaft sind jedoch kaum wieder gut zu machen. Die besonders in der Anfangszeit erzielten hohen

Gewinne wurden inzwischen in Maschinen und Geräten angelegt, die nicht immer aus betriebswirtschaftlichen Gründen angeschafft wurden. Sie bedrohen als Überkapazitäten den Arbeitsmarkt, wenn nicht durch unbedingt notwendige Preissenkungen die Bautätigkeit, vor allem im sozialen Wohnungsbau, stärker angeregt wird.

Sollen Arbeiter die Zeche bezahlen?

Der Erlass eines Kartellgesetzes auf Verbotgrundlage ist daher die erste Forderung, welche die Landtagsfraktion der SPD an den Bund und die Landesregierung gerichtet hat. Mit Prozessen und kriminalpolizeilichen Untersuchungen, die meist erst Jahre hinterher und immer zu spät kommen, ist so gut wie gar nichts auszurichten. Eine Tatsache, die das Sonderdezernat in Kaiserslautern seit vier Jahren überzeugend demonstriert. Darüber hinaus sollen die Lohnansprüche der Bauarbeiter durch besondere Notstandsmaßnahmen geschützt werden, damit nicht die um ihre Löhne geprellten Arbeiter letzten Endes die Unternehmer-Zeche bezahlen müssen.

Endlich ist bis zum Erlass eines Kartellgesetzes eine Rechtsverordnung der Landesregierung für die Übergangszeit erlassen, mit deren Hilfe eine geordnete Bautätigkeit gewährleistet wird. Firmen, die sich nachweislich an Preisabsprachen beteiligt haben, sollen auf schwarze Listen gesetzt und von Submissionen der öffentlichen Hand ausgeschlossen werden. Nur so wird sich eine Wiederholung der Praktiken vermeiden lassen, die in den Jahren 1950 bis 1954 die Pfalz zum Dorado von Schiebern und Spekulanten gemacht haben.

+ + +

Zusammenschluss von Satelliten

ler. Auf der Suche nach einem parlamentarischen Rückhalt sind die betrübten 15 ehemaligen FDP-Abgeordneten zur Deutschen Partei gestossen. Von nun an werden beide Fraktionen eine Arbeitsgemeinschaft bilden, mit wechselseitigem Vorsitz und mit dem Ziel, "der Politik neue Impulse zu geben". Das ist ein ziemlich hoher Anspruch, wohl nur zu erklären aus dem verständlichen Bestreben beider Gruppen, ihr eigenes Profil, das sie durch ihr völlig im Schatten der CDU geführtes Dasein verloren haben, wieder zurückzugewinnen. Nährboden dieser "neuen Impulse" ist die gemeinsame Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, deren wachsenden Einfluss sie als ein rationales Unglück betrachten, ein neuer "Antimarkismus" also, eine Parole, mit der man die Angst vor dem Überspieltwerden am Tage nach den Bundestagswahlen verdecken will. Das Gerede von einer -8-

"Grossen Koalition" jagte beiden Gruppen Schrecken ein, vermuten sie doch, nicht einmal zu unrecht, gewisse Aufweichungstendenzen in der grössten Regierungspartei. So wollen sie sich denn im kommenden Jahr gewissermassen als Korsettstangen für die CDU zur Verfügung halten, um sie auf der rechten Weg von 1949 wieder zurückzuführen - mit Hilfe jener mächtigen Kreise innerhalb der CDU, die eine Regierungsverantwortung der SPD für alle Zeiten ausschalten möchten.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft - sie umfasst insgesamt 31 Abgeordnete im Bundestag - erfolgte, nach dem sich der von Bundeskanzler so ausdrücklich geförderte Plan einer Wiedervereinigung der Abtrünnigen mit der Mutterpartei als undurchführbar erwiesen hatte. Den 15 FVP-Abgeordneten blieb nichts anderes übrig als die Flucht in den Schoss der DP. Ihr Gewicht wird aber dadurch keineswegs grösser, blieb doch der mit viel Getöse unternommener Anlauf, sich als Partei von eigenem Format zu etablieren, schon im ersten Ansatz stecken. Ihr Absprung von der FDP hat kaum das Gefüge dieser Partei erschüttert. Sie teilen damit das Schicksal aller Spalter. Immerhin mag der eine oder andere hoffen, mit Hilfe der DP, die in Niedersachsen über einen festen Wählerstamm verfügt, auch in den nächsten Bundestag zu gelangen. Bei der DP mag wieder der Gedanke mitgespielt haben, durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit der FVP ihre so engen Grenzen als ausgesprochene Regionalpartei auf die Ebene der Bundesrepublik erweitern zu können.

Es sind trügerische Hoffnungen, da es den Abtrünnigen nicht einmal bei den bevorstehenden Gemeindevahlen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen gelang, Kandidaten in ausreichender Zahl zu finden. So repräsentiert diese neue parlamentarische Gruppierung keine echte politische Kraft. Ihre angekündigten "neuen Impulse" für die deutsche Politik werden sich in der Wiederholung alter Ladedhüter erschöpfen, in ohnmächtigen Ressentiments gegen eine Entwicklung, die auch innenpolitisch durch einen Wandel des politischen Klimas gekennzeichnet ist. Diese sonderbare Mischung von "Liberalen" und "Konservativen" steht von vornherein im Zeichen der Erfolglosigkeit.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau